

## **EntschlieÙung Nr. 1.**

### **Jetzt erst recht: Stoppt die Kaputtsparer!**

#### **Die Bezirksdelegiertenkonferenz beauftragt den Bezirksvorstand, entsprechende und weitere Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsvorhaben dazu zu entwickeln und durchzuführen.**

Die DKP sieht in der ständigen Verwendung des Begriffes „Sparen“ durch die Landesregierung und andere eine demagogische Nebelkerze zur Tarnung ihrer Kaputtsparpolitik. Denn es wird nicht gespart, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen zusammengestrichen und gekürzt. Die sog. Schuldenbremse ist der Knebel dieser Politik. Die Kürzungspolitik hat aber kein Problem gelöst, sondern die Situation nur weiter verschärft. Die Verschuldung steigt und auch die daraus entstehenden Zinslasten.

Gleichzeitig wird weiter nach oben umverteilt. Die Reichen werden reicher, die großen Vermögen werden geschont und nicht zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen. Stattdessen werden die öffentlichen Kassen geleert.

Das Saarland bietet den kapitalistischen Unternehmen paradiesische Bedingungen für Extra-Profit.

Die Verdienste liegen um 6,7 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt (West). Insbesondere im Dienstleistungssektor ist der Rückstand mit -9,4 Prozent hoch. Im für das Saarland relativ bedeutsamen Verarbeitenden Gewerbe beträgt er zwar „nur“ -5,9 Prozent, aber die Bruttolöhne und -gehälter im Verarbeitenden Gewerbe an der Saar lagen im Vergleich zu den anderen westdeutschen Bundesländern an vorletzter Stelle.

Die Verweigerung gerechterer Löhne bedeutet zwangsläufig einerseits mehr Gewinne und andererseits geringere Steuereinnahmen. Die DKP hatte nachgewiesen, dass z. B. durch eine gerechte Besteuerung der Vermögen der 8 reichsten Familien im Saarland, deren Reichtum eng mit diesen Lohnrückständen verknüpft ist, einiges für die Entschuldung getan werden könnte.

Dreist melden Kapitalvertreter immer neue Forderungen an. Dreh- und Angelpunkt ist dabei das Ziel, alle gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine noch bessere Kapitalverwertung zu recht zu stützen. Die Folge wird sein, dass die Schere zwischen arm und reich weiter auseinander geht und die Daseinsvorsorge für immer mehr Menschen in Gefahr gerät.

Diese Politik der Austerität ist nicht gestoppt. Die Große Koalition aus CDU und SPD im Saarland kann immer noch weiter machen. Der Widerstand hat zwar einen neuen qualitativen und quantitativen Aufschwung, vor allem durch die Aktionen von ver.di, auch von außerparlamentarischen Bewegungen, erreicht. Aber vieles bricht auch wieder zusammen, wie z. B. der Widerstand der Bürgermeister gegen die Sparpolitik. Die Gro-Ko regiert mit Zuckerbrot und Peitsche, setzt durch und bindet ein. Auch Enttäuschung und Frust nehmen zu und hemmen Kampfbereitschaft und Mobilisierung.

Immer mehr kulminieren alle Zukunftsfragen des gesellschaftlichen Lebens in unserem Bundesland in einem Ausweg aus dieser verheerenden Entwicklung.

Wir sind weit entfernt von Bedingungen zur Durchsetzung eines Politikwechsels oder gar einer grundlegenden Veränderung durch die Überwindung des Kapitalismus. Aber jähe Wendungen kann es immer geben. Ein langer Atem bleibt notwendig.

**Die DKP bleibt dabei: Schluss mit den Kürzungsprogrammen, weg mit der Schuldenbremse! Ein radikaler Politikwechsel ist notwendiger denn je! Die Reichen müssen zahlen! Für die Solidarität und das gemeinsame Handeln aller Betroffenen! Das Saarland muss entschuldet werden!**

## **Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Saarland 19. 09. 2015 Neunkirchen**

### **Die DKP fordert:**

- Initiativen des Saarlandes im Bundesrat zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie einer Vermögensabgabe;
- Wegsteuern nichtinvestierter Gewinne (Millionärssteuer, Finanztransaktionssteuer);
- Initiativen zur Streichung der Schuldenbremse aus dem Grundgesetz,
- Sofortige Aufhebung des Ministererlasses zur kommunalen Schuldenbremse,
- Entschuldung des Landes und der Kommunen durch Einführung eines Zinsmoratoriums, Schuldenschnitt und Umverteilung aus dem Rüstungshaushalt zugunsten regionaler Entwicklung und kommunaler Daseinsfürsorge.

### **Mehr für Arbeit, Bildung und Umwelt:**

- Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf existenzsichernde Höhe und Ausweitung auf alle Berufe und Ausbildungsverhältnisse;
- Konsequente Umsetzung des Tariftreuegesetzes entsprechend den Vorstellungen des DGB;
- Umverteilung von der Wirtschaftsförderung zur Bildung
- Schaffung tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose, u. a. durch Beschäftigungsprogramme und Arbeitszeitverkürzung

### **Der Mensch geht vor Profit**

- Arbeit muss existenzsichernd sein und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen;
- Initiativen der Landesregierung im Bundesrat zur Bekämpfung des Niedriglohnssektors und von Armutslöhnen;
- Umwandlung der Leih- und Zeitarbeit in reguläre Arbeitsverhältnisse
- umfassende Umsetzung der Equal Pay-Regelungen (gleicher Lohn für gleiche Arbeit),
- Durchsetzung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Die DKP im Saarland wird ihren Möglichkeiten entsprechend ihren Beitrag dazu leisten, den Widerstand gegen die Austerität zu verstärken und vor allem stärker zu vernetzen.

Die DKP ergreift nach ihren Möglichkeiten Initiativen zum Zusammenführen der Kräfte, die Opfer oder Betroffene dieser Kürzungspolitik sind und sich dagegen wehren.

Die DKP unterstützt und fördert mit ihren Möglichkeiten die Entwicklung breiter gesellschaftlicher Allianzen gegen die Austeritätspolitik und für deren Überwindung. Wir sehen in einem radikalen Politikwechsel einen Baustein für eine Wende in der Gesellschaftspolitik zu demokratischem, sozialem Fortschritt, zur Sicherung und Verbesserung der Existenz- und Lebensgrundlagen für die Menschen.

Die DKP sieht vor allem auch den DGB und seine Gewerkschaften herausgefordert eigene gesellschaftspolitische Alternativen zu entwickeln und darum zu kämpfen.

Die DKP setzt sich als kommunistische Partei dafür ein, dass dies nicht nur ein Kampf um Reformen zur Abmilderung oder zum Stopp der verheerenden Entwicklung ist, sondern dass sich die Erkenntnis verbreitert, dass nur eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung diese Probleme und Krisen der kapitalistischen Gesellschaft überwinden kann.

Die DKP engagiert sich gegen rechts. Gegen rechte Demagogen und die braunen Hetzer. Neonazis arbeiten für die Verschärfung der kapitalistischen Verhältnisse.

Die DKP sucht den solidarischen und kritischen Dialog, um die gesellschaftlichen Verhältnisse vor allem nachhaltig zu verändern. Wir wollen dabei dazu lernen und wertvolle Erfahrungen sammeln.

Die DKP hat im Saarland in den zurückliegenden Jahren Impulse und Anregungen gegen die Austeritätspolitik eingebracht. Die DKP greift mit eigenen Aktivitäten als eigenständige Kraft, als kommunistische Partei in die Auseinandersetzung um die Zukunft der Saarländerinnen und Saarländer ein. Dies werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

Das ist unser Beitrag im Kampf gegen die menschenfeindliche neoliberale Politik in der EU und Euro-EU. Die Herrschenden der BRD und ihre Regierungen sehen in der Durchsetzung der Austerität aktuell die besten Möglichkeiten ihre Macht- und Herrschaftsansprüche nach außen und innen durchzusetzen. Sie ist aktuell eine effektive Methode, um ganze Völker und vor allem die Arbeiterklasse und ihre Interessenvertretungen, die Gewerkschaften zu schwächen und an die Leine zu legen. Jeder fortschrittliche Ansatz zur Veränderung des Kräfteverhältnisses soll unterbunden werden. Es geht um einen Klassenkampf, in dem es um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitenden geht. Diese Politik in der EU und auch in der BRD verbessert nicht das Leben der Arbeitenden, sondern verschlechtert es.

Auch wenn dies unterschiedlich zu Tage tritt. Das zeigt nicht nur die Entwicklung in Griechenland und anderen EU-Ländern, sondern auch in der BRD wird dies in mehreren Bundesländern deutlich. Besonders auch im Saarland.

Diese Zusammenhänge stärker in das Bewusstsein der Arbeiterklasse zu bringen, sehen wir als wichtige Aufgabe an.

Mit der Weiterführung unserer Kampagne „Stoppt die Kaputtsparer- Entschuldung jetzt – Die Reichen müssen zahlen!“ sehen wir uns als Kommunisten inmitten dieser Auseinandersetzung und des Kampfes.

### **Wir arbeiten inhaltlich auf der Grundlage des Parteiprogramms der DKP.**

Zusammen mit konkreten, praktischen Schritten zur Weiterführung der Kampagne müssen und sollten alte und neue Fragestellungen diskutiert werden. Solche sind zum Beispiel:

- Dialektik des Kampfes auf regionaler, nationaler und EU-Ebene gegen die Austeritätspolitik, Widersprüche und Zusammenhänge;
- Fragen der Entwicklung des Kräfteverhältnisses aktuell und in der Perspektive und wie (!! ) dieses nachhaltig verändert werden kann und muss; die Auseinandersetzungen um Griechenland zeigen, mit welchem potenten Gegner wir es tun haben, auf allen Ebenen und wie diese Macht zunehmend miteinander verschränkt ist;
- die Entwicklung der Auseinandersetzungen um den zukünftigen Weg von Griechenland wirft viele Fragen auf, die zur Beantwortung eine große Rolle spielen, z. B. nach der Einschätzung des ideologischen und politischen Kräfteverhältnisses auf allen Ebenen, einer dementsprechenden Strategie und Taktik, die Erfolge möglich macht, der Zusammenarbeit der entsprechenden Akteure und Kräfte, die Rolle und Bedeutung von gesellschaftlichen Allianzen (Fehlanzeige im Leitantrag des Parteivorstandes zum 21. Parteitag);
- die Dialektik von Reform und Revolution in diesem Zusammenhang, was „eine Wende zu demokratischen und sozialen Fortschritt“ auf regionaler, nationaler und EU-Ebene konkret bedeutet (Im Leitantrag des Parteivorstandes spielt dies ja konkret überhaupt keine Rolle);
- wie ist die Eigentumsfrage stärker in dieser Auseinandersetzung stärker zu verankern?
- Rolle und Politik der DKP und Vorschläge für die Zusammenarbeit der Linken, insbesondere auch der kommunistischen Parteien auf allen Ebenen;
- welche Beiträge können geleistet werden, um die ideologische und politische Hegemonie der Herrschenden für ihre Austeritätspolitik zu entlarven und auch zu durchbrechen; auch im Saarland;
- wie kann eine weitere Rechtsentwicklung und das Erstarken rechter Rattenfänger verhindert werden;
- es gibt sicherlich noch weitere Fragestellungen.

Im Zuge einer Intensivierung dieser Diskussion werden wir dann am besten die Fragen beantworten können, was unsere konkreten praktischen Arbeitsschritte, unsere konkreten Arbeitsvorhaben sind und wie sie inhaltlich gestaltet sein müssen. Dabei geht es auch um Losungen, Argumentationen, Aktionsschwerpunkte, ein neues Plakat, eigene Aktionen, Materialien, Veranstaltungen.

## **Bei einer Gegenstimme beschlossen**

---

### **Anhang (Wurde nicht beschlossen, da Information)**

#### **Einige Einschätzungen und Informationen über den bisherigen Verlauf unserer Kampagne**

Die DKP hat im Saarland mit ihrer Kampagne „Stoppt die Kaputtsparer – Entschuldung jetzt!“ mit ihren nicht gerade üppigen Möglichkeiten in die Auseinandersetzungen zur Zukunft des Saarlandes eingegriffen:

- mit einem wirkungsvollen Plakat, Auflage 500 Exemplare
- mit Erklärungen zur Austeritätspolitik
- mit Enthüllungen über die Reichsten im Saarland und deren Vermögen

- mit eigenen Aktionen, wie vor dem Landtag
- mit ihrer Mitarbeit in Bündnissen und Teilnahme an deren Aktionstagen
- mit Solidaritätsbekundungen w. z. B. gegen die Sparpolitik an den Hochschulen, von Widerstand leistenden Belegschaften w. z. B. im Krankenhausbereich, Sozial- und Erziehungsberufen
- mit Solidaritätsbekundungen mit um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Belegschaften wie Subitec, der Telekom, in der Metallindustrie
- politischen Unterstützung von Alternativvorschlägen w. z. von ver.di für eine Verbundklinik
- mit Diskussionsbeiträgen bei verschiedenen Veranstaltungen, ver.di usw.
- mit einer eigenen, sehr gut besuchten Diskussionsveranstaltung mit Bündnispartnern ver.di, Attac, Blockupy, Partei DIE LINKE und DKP, gegen die Austerität im Januar d. J.
- mit Diskussionsbeiträgen in der Gewerkschaften
- mit einem UZ-Saarland-Report in einer Auflage von 15 000 im Mai d. J.
- mit Stellungnahmen und Abstimmungsverhalten der DKP im Püttlingen Stadtrat
- mit Flugblättern in Saarbrücken und Neunkirchen, gegen Sparpolitik und Schwimmbad-schließungen, in Neunkirchen gegen Privatisierung des Städt. Krankenhauses
- mit mehreren Artikel in der UZ, im Letzeburger Vollek und auf kommunisten.de
- es gibt noch weitere Beispiele

Die DKP ist dabei mit ihrem Profil insgesamt sichtbarer geworden und hat auch viel Zustimmung und Anerkennung erfahren. Es gibt im Saarland keine parteipolitische Kraft, die so konsequent und mit einer politischen Kontinuität gegen die Kaputtsparpolitik/Austeritätspolitik agiert hat wie die DKP. Inhaltlich nicht und auch nicht mit einer entsprechenden Aktionsorientierung.

Die DKP im Saarland hat sich in diesen Fragen wichtige Kompetenz als politische Kraft zurück gewonnen. Dies wird wahrgenommen und auch akzeptiert. Vielerorts hören wir nicht mehr „ah, euch gibt es noch“. Die Erfahrungen mit dem UZ-Saarland-Report haben dies unterstrichen.

Dies haben wir uns unter komplizierten Bedingungen innerhalb und außerhalb der Partei hart erarbeitet. Wir haben uns von diesem Kurs trotz vieler Schwierigkeiten nicht abbringen lassen und wir haben so gut wie alle geplanten Arbeitsvorhaben in dieser Frage seit der letzten BDK umgesetzt.

Wir haben in bestimmten Etappen unsere Erfahrungen zusammengefasst und mit entsprechenden, immer kollektiv diskutierten, Schlussfolgerungen in Konzeptionen, auf Mitgliederversammlungen, die Kampagne weitergeführt und zum Schwerpunkt unserer praktischen Arbeit gemacht.

Leider hat sich dies bisher nicht in einer mitgliedermäßigen Stärkung niedergeschlagen. Im Gegenteil: Gerade an „Höhepunkten“ unserer Aktivität haben wir Mitglieder mit Verweis auf die Politik des Parteivorstandes verloren. Darunter wichtige Funktionäre und Meinungsbilder aus den DGB-Gewerkschaften. Diese bewussten Austritte konterkarieren unsere verstärkten Bemühungen, „wieder einen Fuß“ in die politische Landschaft im Land zu bekommen.

Es wird von bestimmten Kreisen auch Stimmung gegen die DKP gemacht. Auch von ehemaligen Mitgliedern der DKP. Die Partei sei kraftlos und eigentlich nicht in der Lage und fähig, eine stär-

kere Rolle zu spielen, als eigenständige Kraft überflüssig. Unverständlicher Pessimismus, auch Überheblichkeit, Überschätzung des Einzelkämpfertums, auch Besserwisserei und vor allem Unverständnis gegenüber der Notwendigkeit einer kommunistischen Politik und Organisation heute spielen dabei eine Rolle. Elemente der zentralen Politik des Parteivorstands werden benutzt als Begründung für den Austritt und auch, um Skepsis und Zweifel zu verbreiten.

Es erweist sich als schwierig und als ständige große Anforderung, gegen diese produzierte Stimmung erfolgreich anzukämpfen, ohne in eine sektiererische und selbstisolierende Rolle zu verfallen.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung und Durchführung der Kampagne haben wir uns mit vielen theoretischen und praktischen Fragen und Problemen der Strategie und Taktik unserer Partei beschäftigt und versucht Antworten und praktische Lösungen zu finden. Wir haben auch versucht dabei Menschen aus unserem Umfeld einzubeziehen.

Dabei ging es unter anderem um folgende Fragen:

- die konkrete Analyse der Entwicklung in der Landespolitik und des Kräfteverhältnisses, der Entwicklung des Widerstandes und der daran beteiligten Kräfte, sich daraus ergebende taktische Fragen
- konkrete, weitertreibende Forderungen und Argumentationen
- Die Dialektik unserer Hilfe und Mitarbeit in Bündnissen und -ansätzen und dem notwendigen verstärkten Auftreten der DKP als eigenständige Kraft und Partei, zu verhindern, dass die Partei nur noch „Dienstleister“ ist und Möglichkeiten nutzen als eigenständige Kraft aufzutreten
- Die Auseinandersetzung mit Positionen der Mehrheit des PV, die genau dem objektiv entgegenwirken, z. B. Äußerungen und Orientierungen in der Bündnispolitik, gegen gesellschaftliche Allianzen, in der Bewertung der Entwicklungen in Griechenland usw.
- wie die Partei mitgliedermäßig gestärkt werden, Gesprächskontakte – und Runden usw.